

B e s c h l u s s
des
Landesvorstandes der FDP Baden-Württemberg
am 5.11.2005
in Stuttgart

Steuermehreinnahmen des Landes ausschließlich zur Reduzierung der Neuverschuldung nutzen!

Die FDP Baden-Württemberg fordert, die voraussichtlichen Steuermehreinnahmen in den Jahren 2005 und 2006 von 54 Millionen Euro für das Land ausschließlich zur Reduzierung der Neuverschuldung zu verwenden. Die FDP hat sich in dieser Legislaturperiode schon vehement für die Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt und unter anderem durchgesetzt, dass mit dem Erlös aus dem Verkauf von Landesimmobilien die Verschuldung des Landes zurückgefahren wird. Es ist erfreulich, dass auch der Koalitionspartner mittlerweile einsieht, dass die Steuermehreinnahmen ausschließlich in die Senkung der Verschuldung fließen sollen.

Für die FDP Baden-Württemberg ist die derzeitige Regelung des Länderfinanzausgleiches nicht hinnehmbar. Von den voraussichtlich 310 Millionen Euro Mehreinnahmen des Landes im Jahre 2005 bleiben nach Abzug der Ausgleichszahlungen noch 24 Millionen Euro übrig. Das zeigt deutlich, dass die zum 1.1.2005 erfolgten Änderungen am Länderfinanzausgleich nicht den gewünschten Erfolg bringen. Dies hat mit einem leistungsgerechten System nichts mehr zu tun und ist absolut ungerecht. Daher fordert die FDP eine neue Initiative des Landes zur Neuregelung des Länderfinanzausgleiches. Sollte dies auf politischem Wege nicht möglich sein, dann muss das Land Baden-Württemberg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die seit Jahren die Sparanstrengungen der Landesregierung mittragen, erneut vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen.

Langfristig fordert die FDP Baden-Württemberg im Sinne eines echten Wettbewerbsföderalismus die komplette Abschaffung des horizontalen Länderfinanzausgleichs. Wettbewerbsföderalismus kann nur funktionieren, wenn die Wettbewerber den Lohn für ihre Leistung auch selbst erhalten. Andernfalls sind die Anreize zu schwach, effiziente Strukturen zu schaffen.